

INFORMATION

zur Pressekonferenz mit

Landesrat Dr. Josef Stockinger

am 17. November 2009

zum Thema

**"Aktuelle Situation
bei den Gemeindefinanzen"**

Weiterer Gesprächsteilnehmer:

- **HR Dr. Michael Gugler**, Leiter der Direktion für Inneres und Kommunales, Land OÖ

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Klosterstraße 7 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-115 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Volle Konzentration auf Stabilisierung der Haushalte

Nach den recht guten Finanzjahren stellen die **dramatisch rückläufigen Steuereinnahmen** in Folge der internationalen Wirtschaftslage die öö. Kommunen vor eine gewaltige Herausforderung.

"Wir werden alle Hände voll zu tun haben, um die Gemeinden über Wasser halten zu können", sagt **Gemeindereferent Landesrat Dr. Josef Stockinger**.

**Alle Hände voll
zu tun, um die
Gemeinden
über Wasser zu
halten.**

Der **Spielraum** für neue Projekte in den nächsten drei Jahren ist **gleich Null**, weil

- **Pflichtausgaben** für Spitäler, Soziales und Pflege,
- der laufende Betrieb der **Gemeindeverwaltung** und ihrer **Einrichtungen** (wie Kindergärten, Schulen) sowie
- die angegliederten **Dienstleistungsbereiche** (wie Kanal, Straßenerhaltung, Winterdienst)
die ganze Budgetkraft voll in Anspruch nehmen.

Woraus bestehen die Gemeindeeinnahmen?

Die Gemeinden haben zwei wesentliche Einnahmenblöcke:

1) Ertragsanteile

Darunter versteht man den Gemeindeanteil aus dem österreichweit gemeinsamen Steuerkuchen, von dem die österreichischen Gemeinden laut Finanzausgleich 11,7 Prozent erhalten. Diese Mittel werden nach dem Bevölkerungsschlüssel des Finanzausgleichs ("Kopfquote") auf die Städte und Gemeinden aufgeteilt. Gemeinden bis 10.000 Einwohnern erhalten 666 Euro pro Einwohner und Jahr, Großstädte 1072 Euro pro Einwohner und Jahr.

Die Brutto-**Ertragsanteile** für die Oberösterreichischen Gemeinden errechneten sich im Jahr 2008 auf 1,257 Mrd. Euro, sie werden zum Jahr 2010 **um mehr als 10 Prozent auf 1,125 Mrd. Euro schrumpfen!**

2) Gemeindeeigene Steuern

Neben der Grundsteuer und diversen Kleinabgaben schlägt hier die Kommunalsteuer über die Arbeitsplätze durch. Wirtschaftlich schwierigere Zeiten mit mehr Arbeitslosen reduzieren auch die gemeindeeigenen Steuereinnahmen.

Pro Arbeitsplatz in einer Gemeinde kann man mit durchschnittlich **650 Euro Kommunalsteuereinnahmen** rechnen. Insgesamt nehmen Oberösterreichs Gemeinden rund 400 Mio. Euro an Kommunalsteuer ein. Wegen der rückläufigen Zahl der Beschäftigten ist auch mit einem Rückgang der Kommunalsteuer-Einnahmen zu rechnen.

Aus der Summe aller Einnahmen errechnet sich die Finanzkraft einer Gemeinde. Sie betrug 2008 in Oberösterreich durchschnittlich 1.252 Euro pro Einwohner, in einem Spannungsfeld zwischen **736 Euro** als niedrigste Finanzkraft-Quote für die Gemeinde **Atzesberg** im Bezirk Rohrbach und **2.007 Euro** Finanzkraft-Quote für die Gemeinde **Lenzing** im Bezirk Vöcklabruck.

Rückläufige Steuereinnahmen drücken auf Gemeindefinanzen

Ähnlich wie beim Landesbudget hat sich die Gemeindefinanzsituation innerhalb des vergangenen Monate dramatisch verschlechtert. Alle bisherigen Prognosen mussten durch die Krise revidiert werden.

Gegenüber der bisher gültigen Langfrist-Prognose (auf Basis des Jahres 2008) **haben Oberösterreichs Gemeinden** bis zum Jahr 2012 mit einem **Ausfall der Brutto-Ertragsanteile** in der Höhe von rund **760 Millionen Euro** zu rechnen und werden erst 2013 wieder auf dem Ertragsanteile-Niveau auf 2008 sein.

Die Dramatik verstärkt sich durch das gleichzeitige **Ansteigen** der sogenannten **Pflichtausgaben**. Das sind vor allem jene Beiträge, die die Gemeinden für die **Spitalsfinanzierung**, **Pflegeheime** und die **Sozialhilfe** zu leisten haben.

Konsequenz dieser auseinander klaffenden Schere bei Einnahmen und Ausgaben wird eine bisher nie dagewesene **Zunahme** jener Gemeinden sein, die ihren ordentlichen Haushalt aus eigenen Kraft nicht mehr ausgleichen können und als **Abgangs-Gemeinden** Bedarfszuweisungsmittel (BZ) des Landes für den Haushalts-Ausgleich benötigen.

Die steigende Zahl der Abgangs-Gemeinden bedeutet weniger Geld für die Förderung von neuen Projekten.

Während in den **vergangen Jahren** im Durchschnitt **ein Sechstel der Bedarfszuweisungsmittel für die Abgangsdeckung** ausgegeben wurde, rechnet man im

**Den Gemeinden
fehlen in den
nächsten Jahren
760 Mio. Euro
Steuereinnahmen.**

**Neue Projekte:
Spielraum ist
gleich Null.**

Gemeinderessort damit, dass **in den nächsten Jahren zwei Drittel des Fördergeldes** des Gemeinderessorts dazu verwendet werden müssen, um die Oberösterreichischen Kommunen wirtschaftlich über Wasser halten zu können.

Folgende Maßnahmen werden unmittelbar gesetzt

- 1) Begonnene **Vorhaben fertig stellen**, gegebenenfalls **Finanzierungspläne strecken**, **neue Projekte müssen warten**, bis sich die Finanzlage geklärt hat
- 2) Absolute Konzentration auf **Stabilisierung** der ordentlichen **Haushalte** und die Abgangsdeckung
- 3) Das Gemeinderessort wird im Landesbudget ermächtigt, einen **Kredit** in der Höhe von 150 Millionen Euro aufzunehmen. Diese Mittel sind ab 2013 wieder zurück zu zahlen. Die Zusatzmittel sollen helfen, die schwierige Situation zu überbrücken und die dramatisch fallenden Einnahmensverluste teilweise aufzufangen.
- 4) **Gemeindekooperationen** werden von der Kür zur Pflicht.

**Volle Kraft der
Haushalts-
Stabilisierung.**